

Was ist erfolgreiche F&E-Politik?

Manche Politikbereiche werden mit positiven Erwartungen überschüttet; Forschungspolitik ist einer davon. Sie soll die Menschen klüger machen, ihre Jobs attraktiver, die Volkswirtschaft reicher und die Welt besser. An solchen Erwartungen kann man nur scheitern. Dieses Scheitern zu vermeiden ist in Österreich bisher vergleichsweise gut gelungen, aber ist die aktuelle Forschungspolitik deshalb schon ein Erfolg?

Forschung und Entwicklung (F&E) sind zentral für eine hoch entwickelte Volkswirtschaft wie Österreich. Je mehr geforscht und entwickelt wird, umso besser. Meist ist das verbunden mit der Forderung nach mehr – öffentlichem – Geld. Aber wo gibt es Defizite im F&E-Bereich und wird das mehr an Geld für die richtigen Schwerpunkte ausgegeben? Natürlich kann man die Auffassung vertreten, dass ein Land, das von öffentlicher Seite einen wenig zukunftsorientierten Bereich wie Landwirtschaft mit rund 2,5 Mrd. Euro jährlich fördert und demgegenüber F&E inklusive Universitäten mit nur rund 3,4 Mrd. noch Luft nach oben hat.

In den letzten Jahren hat es insbesondere bei der angewandten Forschungsförderung einen deutlichen Anstieg gegeben. Das hatte aber auch zur Folge, dass sich die öffentlichen Förderungen innerhalb der Sektoren verschoben haben: Entfielen 2002 noch 74 Prozent auf die Universitäten, waren es 2009 nur noch

66 Prozent. Aber auch der Ruf nach mehr Geld vonseiten der Universitäten ist aufgrund mangelnder vergleichbarer Daten (Dank Autonomie) – etwa die Kosten von Studienplätzen an einzelnen Universitäten betreffend – kaum zu überprüfen.

Bottleneck Bildung

Allerdings stellen unterschiedliche wissenschaftliche Befunde fest, dass die größten Probleme bei der Forschung in der notwendigen Voraussetzung, der Bildung liegen. So die sogenannte Systemevaluierung des WIFO: „Die Bildung und Hochschulforschung sind die **Bottlenecks** des österreichischen Innovationssystems.“ In Österreich liegt die AkademikerInnenquote laut OECD bei rund 19 Prozent, der EU-Durchschnitt liegt bei 28 Prozent und jener der OECD gar bei 31 Prozent. Dafür gibt es mehrere Gründe – nicht nur negative – wie etwa der starke Schwerpunkt auf berufsbildenden Schulen, deren AbgängerInnen direkt ins Erwerbsleben eintreten. Gleichzeitig hat Österreich relativ spät mit dem Ausbau der Fachhochschulen begonnen und verzeichnet hohe Drop-out-Raten beim Studium selbst. Bedenklich ist aus fortschrittlicher Perspektive vor allem das immer noch existente Problem der sozialen Schieflage bei höherer Bildung (Stichwort „Vererbung“). Um dem entgegenzuwirken, bräuchte es eine gerin-

gere Selektion bei der schulischen Ausbildung. Was hier in Österreich fehlt, ist seit Jahren gut erforscht aber offenbar nicht durchsetzbar: ganztägige Schulformen und eine gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen.

Bildung ist also eine notwendige Voraussetzung für mehr F&E. Das Mehr an Mitteln in F&E ist in den eingangs schon erwähnte Bereich der privaten Unternehmen geflossen und hier in indirekte/steuerliche Forschungsförderungen. Diese sind von unter 100 Mio. Ende der 1990er-Jahre auf fast 600 Mio. gestiegen. Gerade in Zeiten knapper Budgets müssen Mittel zielgerichtet eingesetzt werden. Steuerliche Forschungsförderung ist aber indirekt – quasi ein Spiel über die Bande. Im Gegensatz zur konkreten Projektförderung ist Effektivität damit nicht gewährleistet. Mitnahmeeffekte sind vorprogrammiert und das vor dem Hintergrund des EU-Ziels, dass jedenfalls zwei Drittel der F&E-Ausgaben von den Unternehmen selbst geleistet werden sollten. Derzeit liegt der Staat aber noch bei knapp 40 Prozent Finanzierungsanteil.

Zusammengefasst muss es in den nächsten Jahren darum gehen, die bestehende Förderung der angewandten Forschung zu evaluieren und zu adjustieren, die Datenlage bei den Universitäten zu verbessern, die Drop-outs zu reduzieren und vor allem das Bildungssystem endlich in die Diskussion um Forschungspolitik miteinzubeziehen.